



## 19. Wahlperiode

# HESSISCHER LANDTAG

### **Dringlicher Berichts Antrag**

**der Abg. Timon Gremmels, Brigitte Hofmeyer, Daniela Neuschäfer, Günter Rudolph, Torsten Warnecke, Sabine Waschke und der Fraktion der SPD**

**betreffend Trassenverlauf der Gleichstromverbindung SuedLink**

#### **Vorbemerkung:**

Die Netzbetreiber Tennet und TransnetBW haben einen ersten Vorschlag für die 800 Kilometer lange Haupttrasse des Projekts „SuedLink“ präsentiert. Ein größerer Teil der Route führt auch durch Hessen.

*Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr über folgenden Gegenstand zu berichten:*

- 1) In welcher Weise war und ist das Land bei der Bedarfsermittlung, der Planung und Durchführung des Projekts „SuedLink“ eingebunden?
- 2) Wie hat das Land dabei die potentiell betroffenen Kreise, Städte und Gemeinden sowie die Bürger in die Planung eingebunden?
- 3) Wie wird die Landesregierung dafür sorgen, dass die Planung in einem transparenten Verfahren erfolgt?
- 4) Wie bewertet die Landesregierung das Projekt und den geplanten Trassenkorridor?
- 5) Welche direkten Vorteile hat Hessen von der geplanten Gleichstromtrasse, wenn auf hessischem Gebiet Strom weder ein- noch ausgespeist wird?
- 6) Wie bewertet die Landesregierung die Aussagen des bayerischen Ministerpräsidenten, dass die geplante EEG-Reform den Netzausbau in der geplanten Form unnötig macht?
- 7) Wird vor dem Hintergrund der beschlossenen Abschaltung von Atomkraftwerken im Stromimportland Bayern – insbesondere des AKW Grafenrheinfeld – ohne Gleichstromtrasse die Stromversorgung und die Netzstabilität in der Rhein-Main-Region gefährdet werden?
- 8) Wie bewertet die Landesregierung die Ankündigung des Vorhabenträgers, aufgrund des bayrischen Moratoriums auch in Hessen alle öffentlichen Informationsveranstaltungen abzusagen?

- 9) Wie bewertet die Landesregierung die Möglichkeit, einen Teil der HGÜ-Trasse als Erdkabel zu führen?
- 10) Welche Abschnitte der Trasse auf hessischem Boden könnten nach heutigem Stand als Erdkabel geführt werden?
- 11) Welche Auswirkung in Bezug auf Bürgerbeteiligung, Akzeptanz und Umsetzungsgeschwindigkeit hat aus Sicht der Landesregierung die Tatsache, dass nicht wie bisher die Regierungspräsidien für den Planungs- und Genehmigungsprozess zuständig sind, sondern die Bundesnetzagentur?
- 12) Wie wird sich die Landesregierung in den weiteren Planungsprozess einbringen?

Wiesbaden, den 11. Februar 2014

MST-ri

Für die Fraktion der SPD:  
Der Fraktionsvorsitzende

Thorsten Schäfer-Gümbel

Timon Gremmels

Brigitte Hofmeyer

Daniela Neuschäfer

Günter Rudolph

Torsten Warnecke

Sabine Waschke